mängelt es, „daß der Unternehmer durch den ersten Vorschlag zu einer im Lohn arbeitenden Erzeugungsstelle des Reichskohlenrats herabgedrückt werde", und äußert sich über die private Initiative in folgender Weise: „Die hochgesteigerte und lange eingebürgerte Schätzung des Erfolges, die sich in der Unternehmerwirtschaft entwickelt hat und die Bezeichnung einer Erfolgswirtschaft rechtfertigt, schafft einerseits die scharfe Auslese, anderseits die fast unerschütterliche Vertrauensstellung des erfolgreichen Führers, gewährt daher der Wirtschaft Anspruch und Aussicht auf die stärksten Kräfte und diesen Kräften wiederum Entfaltung ihrer Initiative, Freiheit von persönlichen Abhängigkeiten und unsachlicher Rücksichtnahme und somit einen beruflichen Anreiz, der stärker wirkt als materielle Entlohnung."

Man sollte meinen, daß die Verfechter einer solchen Anschauung über den Wert des Unternehmertums notgedrungen zu der Schlußfolgerung gelangen müßten, der Unternehmer sei überhaupt nicht zu entbehren. Doch weit gefehlt! Sie wollen ihm nur noch eine Galgenfrist von 30 Jahren gewähren, nach deren Ablauf sie hoffen, daß der Ersatz der guten Eigenschaften der privaten Betriebsleitung sich vollziehen werde in Gestalt einer Erhöhung des — Gemeinsinnes! Eine solche idealistisch verstiegene Naivität wird herausgeleckt in demselben Augenblick, wo ein mehrheitssozialistischer Führer selbst — Wissell im Betriebsrätekongreß — unumwunden erklärt, an eine Lösung des Sozialisierungs-Problems könne man erst herangehen, wenn die Arbeiterschaft das Maß der wirtschaftlichen Kenntnis habe, das ihr leider heute noch fehle". Glauben denn die Urheber des zweiten Vorschlages ernstlich, daß den Arbeitern die jetzt noch versagte Erleuchtung in dem kurzen Zeitraum von 30 Jahren kommen könne? Den einsichtigen gemäßigten Köpfen unter den Mehrheitssozialisten ist zweifellos nicht wohl bei der Sache; sie denken genau so wie Wissell. Trotzdem stellte sich auf dem Parteitage in Kassel der Berichterstatter der Reichstagsfraktion Hildenbrand auf den Standpunkt, daß nur der radikale erste Vorschlag der Kommission annehmbar sei. Also sofort heraus mit den Unternehmern, aller besseren Einsicht entgegen! Daraus erhellt mit voller Klarheit das agitatorische Moment, das für die Sozialdemokratie in dieser Frage genau so, wie seinerzeit bei den Betriebsräten, die eigentlich treibende Kraft bildet. Der Essener Bergbau-Verein ist daher durchaus im Recht, wenn er sein Urteil dahin zusammenfaßt, das Ergebnis der Arbeiten der Sozialisierungskommission müsse als durchaus unfruchtbar bezeichnet werden, weil es der weit überwiegenden Mehrzahl ihrer Mitglieder darauf ankam, unter Außerachtlassung der davon zu erwartenden wirtschaftlichen Wirkungen, der Idee des Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Das einzige, was eine Sozialisierung rechtfertigen könnte, wäre der zwingende Nachweis, daß der sozialisierte Betrieb erheblich ergiebiger und billiger zu arbeiten vermöchte, als der Privatbetrieb. Hierfür ist aber in dem Bericht der Kommission auch nicht die Spur eines überzeugenden Beweises erbracht worden, vielmehr sprechen die stärksten Gründe für die in der Schrift des Bergbauvereins vertretene Auffassung der bergbaulichen Fachkreise, daß der ungeheure bureaukratische Apparat des sozialisierten Betriebes weniger und teurer produzieren wird.

Auch die Rücksicht auf unseren ausländischen Kredit, die heute für uns wesentlich ins Gewicht fällt, widerrät entschieden jedwedes Sozialisierungsexperiment. In Brüssel war unter den auf der Konferenz anwesenden Bankiers und Industriellen durchgängig die Ansicht vertreten, daß bei einer Sozialisierung des deutschen Kohlenbergbaues nach einem der beiden von der Kommission vorgeschlagenen Pläne der Kredit Deutschlands, der sich gegenwärtig lediglich auf private Unterlagen stütze, eine starke Erschütterung erleiden würde, da man keinerlei Vertrauen in die Rentabilität des Experiments setzen könne. So vereinigen sich alle Erwägungen wirtschaftspolitischer Einsicht und Vernunft zu einer eindringlichen Warnung, in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges an eine Sozialisierung zu denken. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß alles einfach beim alten bleiben soll. Es handelt sich vielmehr darum, nach den Wegen zu suchen, auf denen die produktiven Kräfte der Wirtschaft, in dem vorliegenden besonderen Falle also die des Kohlenbergbaues, zu höchster Leistungsfähigkeit gesteigert werden können. Als diese produktiven Kräfte sieht die Essener Schrift das Unternehmertum an, das, gestützt auf jahrzehntelange Beweise, seine Leistungsfähigkeit nicht mehr zu beweisen braucht, und daneben eine arbeitsfreudige Belegschaft und Beamtenschaft, ohne deren von Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge getragene Mitarbeit an eine gesunde Entwicklung nicht zu denken ist. „Alle Wege, die zu diesem Ziele führen, wird der Bergbau gehen!" Mit diesem Gelöbnis schließt die Schrift. Es werden also alle Vorschläge zu Reformen in der angedeuteten Richtung, so zum Beispiel, um nur eins zu erwähnen, Ausgabe von Kleinaktien für die Arbeiterschaft, bei den bergbaulichen Vertretern volles soziales Verständnis und bereitwilliges Entgegenkommen finden. In unserer schwer gefährdeten Lage aber den Unternehmern, die sich bisher der Aufgabe, die Kohlenproduktion zu vermehren, gewidmet gezeigt haben, das Heft einer bloßen Doktrin zuliebe aus der Hand zu nehmen, wäre unverantwortlich, leichtfertig und unverantwortlich.

Der Reichsetat im Reichsrat.

Berlin, 14. Okt. Der Reichsrat genehmigte heute den Etat. Der Berichterstatter Ministerialdirektor **Sachs** erklärte, daß Abstriche von 694 Millionen Mark gemacht worden seien, die natürlich bei dem gesamten Fehlbetrag von 67 Milliarden keine erhebliche Rolle spielen, aber doch den ernsten Willen zu einer Verminderung der Ausgaben bekunden und hoffentlich die Einleitung zu weiteren größeren Ergebnissen sein wird. Eine Verringerung der außeretatmäßig angestellten Beamten und allgemeine Einschränkung der Mittel für Dienstkraftwagen sei in einzelnen Ministerien bereits erfolgt. Auch die Kosten des Nachrichtendienstes seien sehr hoch, und der Reichsrat würde eine Resolution vorschlagen, wonach die gemeinsame Presseabteilung mehr von den einzelnen Ministerien benutzt werden soll und im übrigen auf eine Einschränkung der Ausgaben hingewirkt werden soll. Es müßte auch darauf gedrungen werden, daß die persönlichen und sachlichen Ausgaben beim Reichswehrministerium verringert werden, namentlich durch Zusammenlegung der Abteilungen, durch Verringerung des Beamtenkörpers und vor allen Dingen der Aufwendung für Hilfskräfte und Ersparnisse bei der Pferdehaltung. Die Kosten aus dem Friedensvertrag sind in einem besonderen Etat mit 41,1 Millionen veranschlagt, für die keinerlei Deckung vorhanden ist, dabei steht die Summe der Wiedergutmachungen noch nicht einmal vollkommen fest.

Reichswehrminister **Geßler** bemerkte, daß das Wehrministerium die schwindelnde Höhe der Ausgaben durchaus anerkenne. Ein Ausschuß hat sich bemüht, noch einmal über Ersparnisse zu beraten, und man sei überein gekommen, alles Mögliche, auch in der Pferdehaltung, zu tun. — Auf Antrag von Sachsen und Bayern wurde die Errichtung einer Reichsstelle gewünscht, die darüber zu wachen hat, daß die einzelnen Länder in allen Wirtschaftsfragen gleichmäßig berücksichtigt werden.

Der Ausfall beim Reichsnotopfer.

Berlin, 14. Okt. Wie wir erfahren, hat die Veranlagung zu dem Reichsnotopfer in Groß-Berlin die Finanzämter allgemein enttäuscht. Der von Erzberger herausgerechnete Einnahme-Betrag des Reiches aus dem Reichsnotopfer wird allein in Groß-Berlin um 35 bis 40 Prozent hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Wiedererscheinen der Berliner Zeitungen.

Berlin, 14. Okt. Auf Grund des im Berliner Zeitungsgewerbe gestern abgeschlossenen Vergleichs ist die Arbeit im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen worden. (W. T. B.)

Sinowjew an die Unabhängigen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Halle, 14. Okt. In seinem Referat polemisiert Stöcker (links) alsdann gegen Crispien, und bemerkt, daß die Gemäßigten, die den proletarischen Kampf charakterisiert hätten,

auf dem Wege nach Kassel

seien. (Bei diesen Worten entsteht ein ungeheurer Lärm. Ledebour fuchtelt Adolf Hoffmann mit der Faust vor dem Gesicht herum und schreit ihm zu: Halunke! Mit Mühe werden die beiden Streitenden auseinander gebracht. Der ungeheure Tumult hält auf beiden Seiten an. Hoffmann-Elberfeld bezeichnet Stöcker als Verbrecher. Der Vorsitzende rügt diesen Zuruf, indem er das Niveau des Zurufs kennzeichnet. Erst allmählich gelingt es dem Vorsitzenden, die Ruhe wieder herzustellen.)

Stöcker führt dann fort: Die dritte Internationale verlangt Klarheit und festen Willen. Es ist jetzt Zeit für die Arbeiterschaft, die Fesseln des Kapitalismus abzustreifen. Jeden Tag haben wir, namentlich von Bayern, eine konterrevolutionäre Bewegung zu erwarten. Da muß man alle Bedenken gegen die proletarische Diktatur fallen lassen. Redner geht dann ausführlich auf die Gewaltanwendung ein. Er sagt, daß die Bourgeoisie niemals danach gefragt habe, ob ihre Waffen moralisch seien, so müßte auch er mit gleicher Waffe antworten.

Im Bürger- und Klassenkampf gibt es keine Freiheit mehr. Nur Kampf gegen Kampf, auch gegen Proletarier, die im Gefolge der Bourgeois stecken. Wer die Diktatur will, muß auch mit dem Bürgerkrieg rechnen.

In der Nachmittagssitzung führt Brasch den Vorsitz. Nach Erledigung der Referate beginnt die Aussprache über die Anschlußbedingungen. Als Erster spricht

der russische Vertreter Sinowjew:

(Adolf Hoffmann bringt, bevor der Redner beginnt, ein dreifaches Hoch auf die dritte Internationale aus. Mehrere andere Delegierte schließen sich mit weiteren Hochrufen an.) Wenn die Arbeiterklasse noch versklavt ist, dann ist sie es deshalb, weil sie die faulen bürgerlichen Ideen noch nicht abgestreift hat. Niemand wird fordern, daß morgen die Weltrevolution gemacht werden soll. (Hört! Hört!) Was wir aber fordern, ist, daß die Weltrevolution, für die die Vorbedingungen da sind, systematisch vorbereitet und propagiert wird. Auch die Bauernschaft ist zu der Idee zu erziehen, daß die Stunde der Weltrevolution gekommen ist. (Brausender Beifall.) Sozialismus heißt Kommunismus.

Die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale ist das letzte Bollwerk der Bourgeoisie.

Sie ist der Strick um unseren Hals. Alle Orgesch in Deutschland, alle Weißgardisten sind weniger gefährlich, als die geliebte sogenannte Gewerkschafts-Internationale. (Brausender Beifall. Auf der rechten Seite erhebt sich gewaltiger Lärm. Rufe ertönen: Russischer Blödsinn. Der Tumult wird allgemein. Dem Vorsitzenden gelingt es nicht, Ruhe zu stiften. Die Gegensätze drohen stellenweise in Tätlichkeiten auszuarten. Immer wieder bricht der Sturm los. Crispien fordert seine Anhänger auf, ruhig alle Beschimpfungen anzuhören. Nach etwa 10 Minuten kann der Redner endlich fortfahren.)

In England sehen wir in der Arbeiterschaft Umwälzungen von Weltbedeutung. Es besteht dort eine Doppelregierung, und das heißt Tod der Bourgeoisie. Redner spricht die Arbeiterbewegungen in den einzelnen Ländern durch und stellt fest, daß zum Beispiel der Balkan auf legalem Wege bolschewistisch geworden sei. (Unruhe.) Die Diktatur des Proletariats im Sinne des Erfurter Programms gilt nicht mehr. Das Agrarprogramm läßt sich auch in Deutschland durchführen. Notwendig sind dazu Bauernräte. Der volle Kommunismus wird noch ein Zeitalter brauchen, was wir jetzt aber haben können, ist die Niederwerfung der Bourgeoisie. Das Gerücht,

Enver-Pascha sei Mitglied der dritten Internationale, ist völlig unwahr.

Wir haben ihn in Rußland nicht nur nicht angehört, vielmehr eine Resolution gegen ihn gefaßt. (Hört! Hört!) Redner geht näher ein auf die Frage der Ostvölker und betont, im Befreiungskampf könne man die asiatischen Völker nicht entbehren. Eineinhalb Milliarde Menschen müßten herangezogen und zunächst vom Schlamme der Religiosität befreit (!!) werden. Wir rufen auf zum heiligen Krieg gegen den Kapitalismus. (Große Unruhe.)

In längeren Ausführungen über den Begriff Terror erklärt der Russe, daß Terror verschärfte Gewalt ist, Bürgerkrieg ist der schärfste Klassenkampf. In der Theorie waren wir Terroristen, in der Praxis aber zu gutmütige Kerle in der Revolution. (Eichhorn, links: Genau wie bei uns!) Wir verabscheuten den Massenmord. (!!) Generale und Minister wurden freigelassen, die die konterrevolutionären Truppen gegen uns führten. Tausende unserer Brüder haben ihr Leben lassen müssen. (Ruf: Wie bei uns!) Wenn für Deutschland die Sowjet-Regierung kommt, dann machen Sie nicht unsere Irrtümer nach. Sie denken viel zu abstrakt von der Weltrevolution, als wenn sie erst nach Jahrhunderten möglich sei. Der Redner geht sodann unter der gespanntesten Aufmerksamkeit zu den Aufnahmebedingungen über. Nicht jeder Satz ist für uns ein Evangelium. (Crispien: Demagogie!) Deutschland wird sich zuerst wieder erholen. Welche Bedingungen sind denn annehmbar? Ich bitte, sie zu formulieren, dann läßt sich darüber sprechen. (Große Unruhe, die zum Lärm ausartet.)

Wir Russen sind nicht so versessen darauf, Sitz der Zentrale zu sein.

Wir würden sie gern an das französische Proletariat abgeben. Vielleicht bei dem 50jährigen Jubiläum der Kommune. Wir fordern systematische Propaganda-Vorbereitungen für die Weltrevolution. Das ist die einzige Aufnahmebedingung. Wir sind bereit und in der Lage, das deutsche Proletariat finanziell zu unterstützen. (Bravo!) Es handelt sich nicht darum, die U. S. P. zu töten und zu vernichten, nur wer nicht Kommunist sein will, muß abgeschüttelt werden. (Brausender Beifall.) Die Beratungen werden auf Freitag 9 Uhr vertagt. Die Versammlung singt darauf die Internationale. Unter Hochrufen geht die Versammlung auseinander. Schluß gegen 7½ Uhr.

Die deutschen Vertreter über Brüssel.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Okt. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm heute die Berichte der deutschen Delegierten über die Finanzkonferenz in Brüssel entgegen. Die Rede des deutschen Vertreters Dr. **Bergmann,** der allgemein die größte Wichtigkeit beigemessen wurde, wurde beifällig aufgenommen. Wie der Bericht hervorhebt, sind die positiven Ergebnisse der Konferenz nicht groß. Es wurde aber ein Einverständnis dahin erzielt, daß verschiedene gute solide Grundsätze durchgeführt werden müssen, und daß man da nicht ohne gegenseitige Hilfe sein kann. Das ist ein erster Schritt zur Anbahnung einer gemeinsamen Arbeit. In der Finanzkommission wurde festgestellt, daß drei Fünftel der Länder ein Defizit aufzuweisen haben.

Außer der Einschränkung der ungeheuren Rüstungsausgaben sollen die Regierungen auf alle Maßnahmen verzichten, die der Bevölkerung den wirklichen Zustand des Landes verschleiern. So soll auf die künstliche Herabsetzung der Brot- und anderer Lebensmittelpreise verzichtet werden. Erwerbslose, die den Arbeitswillen nicht fördern, sondern eximmiigen, sollen nicht unterstützt werden. Die Eisenbahn- und Posttarife sollen so festgesetzt werden, daß diese Betriebe die Selbstkosten decken. Von deutscher Seite wurde auf die besonderen Verhältnisse Deutschlands hingewiesen, die z. B. eine Uebernahme der Mehrkosten des Auslandsgetreides auf die Allgemeinheit notwendig machen. Man dürfe aus den deutschen Maßnahmen nicht etwa den Schluß ziehen, daß Deutschland absichtlich auf einen Bankrott hinarbeite, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Arbeit und Sparsamkeit, das müssen die Richtlinien unserer Politik sein!

Der Vizepräsident des Reichsbankdirektoriums **v. Glasenapp** schilderte die Tätigkeit der Kommission für Währung und Valuta. Es herrschte in Brüssel Uebereinstimmung, daß mit der Zunahme

des Grundübels der Inflation

ein Ende gemacht werden müsse, koste es, was es wolle. Es handelt sich um eine Schicksalsfrage für unsere Volkswirtschaft. Geholfen kann werden durch die Balancierung des Staatsbudgets. Im Auslande herrscht vielfach die Meinung vor, als ob bei uns mit der Einziehung der Steuern und Abgaben nicht Ernst gemacht werde. Ich habe betont, daß das eine vollkommene Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse in Deutschland ist, daß vielmehr die Verzögerung durch die Aenderung der Steuerbehörden-Organisation erfolgt ist, die noch nicht in vollem Umfange funktioniert. Notwendig ist eine allmähliche Abbürdung und Konsolidierung der schwebenden Schulden. Es wurde angeregt, die Notenbanken sollten von jedem Einfluß der wirtschaftlichen Staatsgewalt frei gemacht werden. Wir haben erklärt, daß das für Deutschland unannehmbar sei, und daß ein politischer Einfluß hier nicht ausgeübt worden ist. Es wurde dann beschlossen, daß die Notenbanken nie zu rein politischen Zwecken benutzt werden dürfen. Das ist bei uns auch nie geschehen. Ein allmählicher Abbau der Einschränkungen des freien Handels wurde für wünschenswert erachtet. Die Rückkehr zur Goldwährung ist zu wünschen, aber sie ist zurzeit unmöglich. Bezüglich der Festsetzung des Diskontsatzes wurde verlangt, daß die Kredite nur zu wirklich wirtschaftlichen Zwecken gegeben werden sollen. Eine künstliche Beseitigung der Valutaschwankungen erscheint ausgeschlossen. Der Versuch einer Weltdevisenzentrale ist unmöglich. Auch die Schaffung einer Weltmünze „Mono" erscheint unmöglich. Sparsamkeit und Arbeit sind die einzigen Heilmittel, die uns wieder hochbringen können.

Geheimrat **Trendelenburg** berichtete über die Tätigkeit der Kommission für den **internationalen Handel.** Aus dem Bericht der einzelnen Länder ergibt sich eine ungeheure

Verschiebung der Weltwirtschaft zugunsten der neuen Welt.

Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß allmählich in den Grenzen des Möglichen die Freiheit des Handels wieder hergestellt werden soll, die vor dem Kriege bestand. Die Losung muß sein: Mehr produzieren und weniger verbrauchen! — Ueber die Verkehrsfragen soll eine besondere Besprechung in Barcelona entscheiden.

Direktor **Urbig** besprach die Tätigkeit des Ausschusses für den **internationalen Kredit.** Verschiedene Länder werden ihre wirtschaftliche Tätigkeit ohne Hilfe von außen nicht wieder aufnehmen können. Die Hilfsmittel sollen aus den Ersparnissen der geldgebenden Länder gewährt werden. Empfohlen wurde u. a. eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung auf dem betreffenden Gebiete und

ein internationales Ausgleichsamt.

Vorgeschlagen wurde eine Organisation der Staaten. Die Sicherung soll gegeben werden durch die Verpfändung der Staatseinnahmen. Deutschland könnte sich darauf nicht einlassen. Kredite sind eine Frage des Vertrauens. Die reichen Staaten mit Rohstoffen verbreiten um sich noch eine kühle Atmosphäre. Sie geben Kredite nur, wenn sie Vertrauen zu uns haben. Freunde und Feinde müssen sich miteinander verständigen und Formen finden, mit denen man dieses Vertrauen wieder herstellen kann. Man versteht im Auslande die Mentalität des deutschen Volkes nicht mehr.

An diesen Bericht der deutschen Delegierten schloß sich eine kurze Aussprache, in der der Präsident des Statistischen Amtes, Delbrück, auf Anfrage mitteilte, daß die Ausfuhrziffern in nicht zu langer Zeit, wahrscheinlich in zwei Monaten, wieder veröffentlicht werden sollen.

Gegen die wirtschaftliche Vorherrschaft der Sieger.

Mailand, 14. Okt. Der offizielle Vertreter Italiens im Völkerbundsrat, Senatspräsident Tittoni, teilte in der Tagung der Völkerbundsvereinigung in Mailand folgenden aufsehenerregenden Vorschlag mit, den er im Namen der italienischen Regierung in der letzten August-Zusammenkunft des Völkerbundsrates in San Sebastian eingebracht hatte, und der nun in der bevorstehenden Zusammenkunft des Völkerbundsrates in Brüssel behandelt werden soll:

„Der Völkerbundsrat beschließt für die Tagung der nächsten Versammlung, die Anwendung des Artikels 23 des Versailler Friedensvertrages aufzuheben, der allen Mitgliederstaaten des Völkerbundes eine gerechte handelspolitische Behandlung sichert, die unvereinbar ist mit der Monopolisierung der für das Leben der Völker unentbehrlichen Rohstoffe und mit der Ausbeutung der Völker selbst durch große internationale Kapitalistentrusts."

In der Begründung dieses Regierungsvorschlages führte Tittoni aus: „Damit ist die Frage deutlich und klar aufgeworfen. Wenn man wirklich den Frieden und die Gerechtigkeit will, muß man nicht nur die politische, sondern auch die wirtschaftliche Vorherrschaft einiger Staaten zum Schaden der anderen unmöglich machen. Was gibt es für eine lästigere und gefährlichere Bedrohung des Weltfriedens, als den Gegensatz von im Kriege bereicherten und verarmten Staaten und ausgebeuteten und ausbeutenden Staaten? Es kann keine politisch-unabhängigen Staaten geben, sobald sie in wirtschaftlicher Knechtschaft sind. Es liegt daher im Interesse aller, jenen zu helfen, sich aus dieser schweren Knechtschaft freizumachen. Wenn die Versammlung diese Grundsätze billigt, verschafft sie dem Vertrage Macht und Autorität, und Italien wird diesen Vorschlag in der gleichen Versammlung des Völkerbundes in Genf vertreten."

Es tauchen ihr allerdings Zweifel auf über die praktische Wirksamkeit des Völkerbundes. Es wird leicht zu erwirken sein, daß kleine und schwache Staaten dem Beschluß des Völkerbundsrats gehorchen. Werden jedoch die großen Staaten die dem Völkerbunde gerade die Zwangsmittel, die er außer seiner sonst ausschlaggebenden moralischen Macht gegebenenfalls notwendig haben könnte, zur Verfügung stellen müssen, immer das gleiche tun?

„Erdrosselung Deutschlands".

London, 14. Okt. „Daily News" schreibt im Leitartikel: Deutschland werde durch die Milliarden, die es für die Besatzungstruppen aufwenden müsse, langsam erdrosselt. (W. T. B.)